

alliance **sud**

Arbeitsgemeinschaft
Swissaid · Fastenopfer · Brot für alle
Helvetas · Caritas · Heks

Jahresbericht
Rapport annuel
2018

ZUSAMMENSETZUNG DES VORSTANDES

Bernard DuPasquier

Geschäftsleiter Brot für alle (Präsident)

Bernd Nilles

Geschäftsleiter Fastenopfer (Vizepräsident)

Hugo Fasel

Direktor Caritas Schweiz

Peter Merz

Direktor Heks

Melchior Lengsfeld

Geschäftsleiter Helvetas Swiss Intercooperation

Caroline Morel

Geschäftsleiterin Swissaid (bis Februar 2018)

Markus Allemann

Geschäftsleiter Swissaid (seit April 2018)

ZUSAMMENSETZUNG DER GESCHÄFTSLEITUNG

Mark Herkenrath

Geschäftsleiter und Bereichsleitung
Advocacy und Lobbying

Isolda Agazzi

Leitung Regionalbüro Romandie

Lavinia Sommaruga

Leitung Regionalbüro
italienischsprachige Schweiz

Pierre Flatt

Bereichsleitung InfoDoc

Kathrin Spichiger

Personalverantwortung

GESCHÄFTSSTELLE

Mark Herkenrath

Geschäftsleiter

Kathrin Spichiger

Assistentin des Geschäftsleiters

Matthias Wüthrich

Sekretariat

ADVOCACY UND LOBBYING

Isolda Agazzi

Handels- und Investitionsschutzpolitik

Mireille Clavien

Sekretariat Regionalbüro Lausanne

Sara Frey

JPO Agenda 2030 (bis Dezember 2018)

Dominik Gross

Internationale Finanz- und Steuerpolitik

Daniel Hitzig

Medien und Kommunikation

Kristina Lanz

Internationale Finanzinstitutionen
(seit November 2018)

Laurent Matile

Wirtschaft und Menschenrechte

Eva Schmassmann

Politik der Entwicklungszusammenarbeit

Lavinia Sommaruga

alle Themen; Regionalbüro Lugano

Jürg Staudenmann

Umwelt- und Klimapolitik

INFODOC

Bern

Dagmar Aközel-Bussmann

Simone Decorvet

Joëlle Valterio

Emanuel Zeiter

Lausanne

Pierre Flatt

Nicolas Bugnon

Amélie Vallotton Preisig

Ein heisses Jahr

2018 war ein heisses Jahr – buchstäblich und im übertragenen Sinn. Die Schweiz erlebte den trockensten und drittheissesten Sommer, seit es verlässliche meteorologische Aufzeichnungen gibt. Plötzlich standen die Folgen der globalen Klimaerwärmung, die in den Entwicklungsländern schon seit Jahrzehnten Dürren, Überschwemmungen, Bodenerosion, Armut, Flucht und Konflikte um den Zugang zu immer knapperen natürlichen Ressourcen bewirkt, auch hierzulande wieder in den Schlagzeilen.

Für grosse mediale Aufmerksamkeit sorgte auch der Schweizer Rechenschaftsbericht über die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Eine Erstfassung des Berichts, an der Alliance Sud intensiv mitgearbeitet hatte, benannte zahlreiche Umsetzungslücken. Nicht zuletzt zeigte sie auf, dass die Aussenwirtschafts- und Finanzplatzpolitik der Schweiz den siebzehn Nachhaltigkeitszielen der Agenda weiterhin über weite Strecken zuwider laufen. Medienberichten zufolge setzte sich Aussenminister Cassis jedoch höchstpersönlich gegen die Veröffentlichung dieser selbstkritischen Bestandesaufnahme ein. Der Bericht, den die Schweiz im Juli am New Yorker Uno-Hauptsitz der Weltöffentlichkeit vorstellte, fiel deutlich beschönigt aus.

Auf den Hitzesommer folgte dann eine ausgesprochen hitzige Debatte im Nationalrat über das neue CO₂-Gesetz. Die Schweizer Umweltverbände und Entwicklungsorganisationen hatten den ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates bereits als viel zu lasch kritisiert. Trotzdem schlug der bürgerlich dominierte Rat zahlreiche weitere Verwässerungen vor. Nicht zuletzt wollte er bei der dringend benötigten Reduktion der Treibhausgasemissionen auf ein generelles Inlandziel verzichten – mit dem Effekt, dass neben der SVP, die sich von Anfang an gegen das geplante Gesetz gestellt hatte, nun auch der links-grüne Block Widerstand gegen die Vorlage leistete. Am 11. Dezember stürzte das Gesetz im Nationalrat gänzlich ab.

Wenige Tage später führten Schülerinnen und Schüler in Zürich den ersten Schweizer Klimastreik durch. Seither hat die globale Jugendbewegung, die sich für den Klimaschutz und eine zukunftsfähige Welt stark macht, auch hierzulande immer grösseren Zulauf gefunden. Sie gibt Hoffnung und stellt lautstark die Frage, was für eine Welt wohlhabende Länder wie die Schweiz den zukünftigen Generationen überlassen wollen. Diese Frage wird in der Schweiz wohl auch die nächsten Parlamentswahlen prägen.

In zahlreichen Entwicklungsländern bewirkt die globale Klimaerwärmung bereits heute massive Umweltschäden und Rückschritte in der Armutsbekämpfung. Die Industrieländer haben sich darauf verpflichtet, ärmere Länder beim Umgang mit diesen verheerenden Folgen zu unterstützen. Höchst bedenklich ist allerdings, dass sie die entsprechenden Massnahmen oft auf Kosten wichtiger Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit finanzieren. Statt zusätzliche Mittel für den Klimaschutz in Entwicklungsländern zu mobilisieren, sparen sie bei der Zusammenarbeit im Bildungs- und im Gesundheitsbereich oder bei Entwicklungsprojekten, die der Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft dienen. Die nächste Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit wird zeigen, ob die Schweiz diesem misslichen Trend weiter folgen will.



Mark Herkenrath
Geschäftsführer
Alliance Sud

2 février

Lettre ouverte au Conseil fédéral sur l'huile de palme

Le 2 février la coalition suisse sur l'huile de palme, dont Alliance Sud est membre, a envoyé une lettre ouverte au Conseiller fédéral Johann Schneider-Amman et aux ministres indonésiens compétents pour demander d'exclure l'huile de palme de l'accord de libre-échange avec l'Indonésie. Concrètement, cela veut dire ne pas baisser les droits de douane (100% actuellement) pour faciliter encore davantage l'importation de ce produit controversé.

Le 28 février, une large majorité du Conseil national (140 voix pour, 35 contre) a accepté la motion de Jean-Pierre Grin (UDC/VD) demandant d'exclure l'huile de palme de la négociation de l'accord de libre-échange avec la Malaisie. Ce vote faisait suite à une résolution dans le même sens adoptée le 23 février par le Grand Conseil du canton de Genève et à des actions similaires des parlements cantonaux de Thurgovie, Berne, Fribourg, Vaud et du Jura et à d'innombrables interventions déposées au parlement fédéral. La motion Grin a finalement été rejetée par le Conseil des Etats le 25 septembre (bien que de justesse, par 21 voix contre 20, dont celle prépondérante de la présidente).

Finalement, les négociations avec l'Indonésie se sont conclues le 30 octobre, prenant tout le monde de court. Pour l'huile de palme, le texte final prévoit une réduction des droits de douane entre 20% et 40% sur un contingent. Il contient un chapitre sur le développement durable et des dispositions particulières sur la durabilité dans la production et la commercialisation de l'huile de palme, dont la violation ne peut cependant pas entraîner de sanctions. Il s'agit d'un compromis entre ce que le Conseil fédéral aurait certainement négocié sans le lobbying de la plateforme huile de palme et ce qu'Alliance Sud demandait dans cette dernière. IA

28. Februar

Bohoslavsky-Bericht im UN-Menschenrechtsrat

Der UNO-Menschenrechtsexperte Juan Pablo Bohoslavsky kritisierte in einem Bericht die Schweizer Steuerpolitik

gegenüber multinationalen Konzernen. Der Bericht wurde an der 37. Sitzung des UNO-Menschenrechtsrats am 28. Februar in Genf vorgestellt. In der vom Bundesrat vorgeschlagenen Form könne die Steuervorlage 17 den Menschenrechten schaden. Alliance Sud war im Vorfeld der Publikation vom Experten kontaktiert worden und hat ihre Sicht auf die menschenrechtliche Dimension der Schweizer Steuerdumpingpolitik für multinationale Konzerne und vermögende Privatleute aus der ganzen Welt dargelegt. Die Kritik Bohoslavskys, wonach die Schweizer Steuerpolitik Länder des globalen Südens dabei behindert, ihre grundlegenden menschenrechtlichen Verpflichtungen im Bereich von Gesundheit, Bildung und Zugang zu natürlichen Ressourcen zu gewährleisten, fand in der Folge dank Alliance Sud's hartnäckiger Medien- und Lobbyarbeit Eingang in die entsprechende Berichterstattung verschiedener Schweizer Leitmedien und regte SP-Nationalrat Fabian Molina zu einem entsprechenden Vorstoss im Parlament an. Der Bundesrat sah bei dieser Problematik dann allerdings keinen Handlungsbedarf seitens der offiziellen Schweiz. DG

4. März

No-Billag-Initiative wird versenkt

Dass der Staat Gebühren für den elektronischen Service public der SRG SSR erhebt, soll auf Verfassungsebene verboten werden. Das verlangte die sogenannte No-Billag-Initiative, die, als Bieridee libertärer Studenten gestartet, nicht nur in der Schweiz heiss diskutiert, sondern auch international stark beachtet wurde. Die Debatte, ob es im Internet-Zeitalter noch statthaft sei, mit «Zwangsgebühren» öffentliche Radio- und TV-Sender bzw. Webseiten zu finanzieren, führte zu einer breiten Mobilisierung der Zivilgesellschaft. In einer Medienmitteilung machte Alliance Sud auf ihr Positionspapier aufmerksam, in dem sie die Notwendigkeit eines ausgewogenen öffentlichen Medienangebots für eine funktionierende Demokratie – ob in der Schweiz oder den Ländern des globalen Südens – ausführte. Hinzu kommt, dass sich die Berichterstattung über entwicklungsrelevante Themen am Markt nicht finanzieren liesse. Mit einem Nein-Stimmenanteil von 71,6 Prozent wurde die

No-Billag-Initiative schliesslich überraschend deutlich abgelehnt, sie fand in keinem Kanton eine Mehrheit. DH

9. April

Massiver Einbruch bei der EZA-Finanzierung

2011 setzte das Schweizer Parlament das Ziel, die APD-Quote – Entwicklungsfinanzierung (Aide publique au développement) als Anteil am Bruttonational-einkommen (BNE) – auf 0,5% zu erhöhen. Dieses Ziel wurde 2015 erreicht. Einerseits dank wachsenden Budgets für die Programme der Entwicklungszusammenarbeit, vor allem aber infolge wachsender Ausgaben für Asylsuchende in der Schweiz; diese dürfen gemäss internationalen Standards ebenfalls als Entwicklungsausgaben angerechnet werden. Im September 2017 bestätigte der Nationalrat mit klarer Mehrheit, dass er auch weiterhin am 0,5%-Ziel festhalten wolle. Trotzdem fielen die Zahlen 2017 auf jene von 2013 zurück. Während die durchschnittliche APD-Quote der OECD-Länder knapp stabil blieb, brach sie in der Schweiz von 0,53% auf 0,46% ein – ein Rückgang der gesamten APD um happige 14%. Die Schweiz entfernt sich damit weiter vom internationalen Ziel, 0,7% des Nationaleinkommens für Entwicklungsfinanzierung aufzuwenden.

Der Rückgang der APD-Quote lässt sich zwar hauptsächlich auf geringere Kosten für Asylsuchende in der Schweiz zurückführen. Doch auch der Anteil der eigentlichen Entwicklungszusammenarbeit sank. 2016 belief sich die APD-Quote abzüglich Kosten für Asylsuchende noch auf 0,43%, 2017 auf 0,41%. Der Grund für den Rückgang liegt in den Sparprogrammen, die in den letzten Jahren die Entwicklungszusammenarbeit überproportional trafen. Mit einem Anteil am Bundesbudget von 4% trug die Entwicklungszusammenarbeit über 25% der Sparmassnahmen, die im Stabilisierungsprogramm 2017–2019 umgesetzt wurden. Zusammen mit dem Voranschlag 2018 präsentierte der Bundesrat erneut ein Sparprogramm, bei dem wiederum 20% der Massnahmen zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit und damit der Ärmsten weltweit gehen. Für Alliance Sud ist dies umso

stossender, als der Bundeshaushalt 2017 einen Rekordüberschuss von knapp 5 Milliarden Franken auswies. ES

10. April

Lebkuchen mit Eisbären für die Kommissionsmitglieder

Im April war es endlich soweit: Die 2015 von Alliance Sud und dem WWF mit über 100 000 Unterschriften eingereichte «Petition für eine gerechte Klimapolitik» kam in der Umweltkommission des Nationalrats (UREK-N) auf die Traktandenliste. Sie reihte sich ein in die harzige und langwierige Kommissionsdebatte zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes.

Die Forderungen der Petition sind aktueller denn je – und sie sollten im Dezember während der Nationalratsdebatte noch an Brisanz gewinnen: Die inzwischen auf 80 Organisationen angewachsene und somit rund 1,5 Millionen Menschen repräsentierende Klima-Allianz Schweiz verlangte mit der Petition, dass sich Bundesrat und Parlament den Pariser Klimazielen verpflichten. Konkret solle (a) die Energieversorgung der Schweiz bis 2050 ohne fossile Energien auskommen und (b) sollen die ärmsten und von Klimaänderungen unverschuldet am stärksten betroffenen Entwicklungsländer mit angemessener Klimafinanzierung unterstützt werden.

Trotz Aufmunterung in Form von eigens für die Kommissionsmitglieder hergestellten Eisbären-Lebkuchen wollte die Kommission nichts von der Verankerung der Pariser Klimaziele im neuen CO₂-Gesetz wissen. Vorschläge, die Notwendigkeit der Klimafinanzierung – immerhin das dritte Standbein des Pariser Klimaabkommens – ins Gesetz aufzunehmen, wurden abgeschmettert.

Der Tiefpunkt folgte im Dezember: Nach weiteren Verwässerungen erlitt die bundesrätliche Vorlage des neuen CO₂-Gesetzes vollends Schiffbruch. Anfangs 2019 fanden die Anliegen der Petition in der Ständeratskommission jedoch wieder Gehör. Ob sie die noch ausstehende Schlussdebatte überleben werden, wird sich gegen Ende 2019 zeigen. JS

24. April

Steuertransparenz: ungenügende Empfehlungen des Bundesrats

In ihrer gemeinsamen Stellungnahme begrüßten Alliance Sud und Public Eye, dass der Bundesrat die Empfehlungen des «Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes» in Teilen umsetzen will. Von Transparenz bei den Besitzverhältnissen von Offshorefirmen konnte aber auch mit dieser Reform keine Rede sein. Es braucht dringend eine unabhängige Aufsicht von Schweizer Finanzintermediären und öffentliche Register für wirtschaftlich Berechtigte, wie sie die EU-Gremien im letzten Jahr beschlossen haben. 2019 durchläuft die Vorlage den parlamentarischen Prozess. Auch dort setzt sich Alliance Sud gemeinsam mit Public Eye für öffentliche Register wirtschaftlich Berechtigter ein – eine wichtige Massnahme, die Steuervermeidung, wie sie die Panama und Paradise Papers deutlich machten, in Zukunft wesentlich erschweren würde. Obwohl auch die Schweizerische Bankiervereinigung in ihrer Vernehmlassungsantwort für solche Register plädiert und obwohl diese in den EU-Ländern zurzeit mehr oder weniger griffig eingeführt werden, wird sich die bürgerliche Parlamentsmehrheit in Bern wohl auch bei dieser Reform auf das international Notwendigste beschränken. Ein grundsätzliches Umdenken auf dem Finanzplatz, das den Ländern des Südens entgegenkäme, lässt weiter auf sich warten. DG

16 mai

Libre-échange et études d'impact sur le développement durable

Le 16 mai, le Conseil fédéral a répondu à l'interpellation de la Conseillère nationale Maya Graf (Verts/BL), demandant une étude d'impact sur le développement durable avant la conclusion de l'accord de libre-échange avec le Mercosur. La réponse était extrêmement décevante : si le Conseil fédéral affirme prévoir des études de l'impact sur l'environnement de quelques produits agricoles, il n'entre pas en matière sur les études d'impact sur les droits humains, se contentant de faire référence au chapitre standard sur le développement durable contenu dans les accords de libre-échange (dont la violation ne

peut pas entraîner de sanctions). Le Secrétariat d'Etat à l'Economie (Seco) continue donc de mettre les pieds au mur sur ces études, pourtant exigées par la Commission de gestion du Conseil national, après consultation d'Alliance Sud entre autres.

Le 17 septembre Alliance Sud a donc organisé une rencontre du Groupe parlementaire Suisse – Solidarité internationale sur ce sujet, à laquelle ont participé de nombreux parlementaires. Le Seco a invoqué l'inefficacité des études de l'Union européenne. Alliance Sud a rétorqué qu'elle ne demande pas les mêmes études que l'UE car d'autres méthodes beaucoup plus simples et ciblées existent, comme celle élaborée par Olivier de Schutter, ancien rapporteur spécial de l'ONU pour le droit à l'alimentation. IA

14. Juni

Un contre-projet à l'initiative pour des multinationales responsables est approuvé par le Conseil national

Le Conseil national (CN) a accepté le 14 juin un contre-projet à l'initiative pour des multinationales responsables par 121 voix contre 73. Ce texte – préparé au sein de la Commission des affaires juridiques du CN (CAJ-N) au printemps 2018 – représente un compromis entre les parlementaires « progressistes », les initiants et les milieux de l'économie qui le soutenaient, tels le Groupement des Entreprises Multinationales (GEM), la Migros ou IKEA. Bien que ce texte présente des concessions substantielles par rapport au texte de l'initiative, le Comité d'initiative s'était engagé à retirer l'initiative si le contre-projet était approuvé « en l'état ».

En octobre 2018, le texte a été transmis à la Commission sœur du Conseil des Etats (CAJ-E), qui en a confié l'examen détaillé à une sous-commission. Un texte pourrait être soumis à la session d'été 2019 pour approbation au plenum du Conseil des Etats. Il est à craindre que les opposants à l'initiative – avec à leur tête SwissHoldings et Economiesuisse – cherchent à retarder l'approbation du texte pour affaiblir la campagne des initiants et à en diluer la portée, à un tel point que le retrait de l'initiative ne puisse plus être envisageable, au vu du

fait qu'il n'emporterait plus suffisamment d'amélioration de la situation pour les victimes de violation des droits humains par des multinationales suisses. C'est pourquoi, en parallèle au travail de lobbying parlementaire, les préparatifs de la campagne ont été intensifiés, notamment par le biais de la création d'un comité de plus de 90 entrepreneurs en faveur de l'initiative en novembre 2018, la préparation d'une vaste campagne d'information visant à toucher plus d'un million de personnes et la création de comités locaux, en vue de la votation populaire, qui pourrait se tenir en février 2020. *LM*

20. Juni

Bundesrat veröffentlicht Länderbericht zur Umsetzung der Agenda 2030

Die Weltgemeinschaft hat 2015 unter aktiver Mitwirkung der Schweiz die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Auch der Bundesrat anerkennt diese explizit als neuen universellen Referenzrahmen. Mitte Juli präsentierte die Schweiz ihren Fortschrittsbericht zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vor der UNO in New York. Als Grundlage hatten zuvor über 170 Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft in einer aufwändigen Online-Befragung Herausforderungen und Chancen des Schweizer Beitrags zur Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen und 169 Unterzielen evaluiert. Die Bundesverwaltung setzte eigens eine hochrangig besetzte Begleitgruppe ein, um diesen Prozess zu begleiten. Doch das Resultat dieser Vorarbeit spiegelte sich im Bericht kaum wieder. Anstelle der umfassenden Bestandesaufnahme veröffentlichte der Bundesrat nur die auf 24 Seiten gekürzte Version. Darin zog er eine überwiegend positive Zwischenbilanz. Kritische Punkte wurden mehrheitlich ausgeklammert. Nach heftigem Druck von Seiten der Zivilgesellschaft und aus der Politik stimmte der Bundesrat einer Veröffentlichung der umfassenden Version später doch noch zu. *ES*

3. Juli

Innenpolitik ist Aussenpolitik

Gemeinsam mit weiteren in der Plattform Agenda 2030 zusammengeschlossenen Organisationen hat Alliance Sud

einen Bericht zur Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz aus zivilgesellschaftlicher Sicht erarbeitet: «Wie nachhaltig ist die Schweiz?»

Die Agenda 2030 richtet sich nicht nur an Entwicklungsländer, sondern nimmt auch reiche Länder wie die Schweiz in die Pflicht. Sie definiert nachhaltige Entwicklung als globale Herausforderung, die nicht isoliert angegangen werden kann, weder thematisch noch geographisch. Damit stehen neu auch die Auswirkungen von innenpolitischen Entscheidungen auf andere Länder im Fokus. Die verschiedenen Politikbereiche müssen kohärent im Sinne der nachhaltigen Entwicklung gestaltet werden. Dies bedingt, dass Entscheide in der Wirtschafts-, der Steuer-, der Sozial-, der Klima- und Umweltpolitik das Erreichen der Sustainable Development Goals (SDG) konsequent vorwärts bringen. Hier konstatiert der Bericht in allen Politikbereichen Handlungsbedarf. Und macht 11 Empfehlungen: Nebst der Respektierung der planetaren Grenzen und der Menschenrechte fordert er insbesondere ausreichende Ressourcen für die Umsetzung, eine starke institutionelle Verankerung der Agenda 2030 innerhalb der Bundesverwaltung, die Ausrichtung der Legislaturpläne an der Agenda 2030 sowie die Stärkung der politischen Kohärenz für nachhaltige Entwicklung. *ES*

10. September

SV 17: Vorwärts in die Vergangenheit

Vor der Nationalratsdebatte zum sogenannten «AHV-Steuer-Deal» veröffentlichte Alliance Sud die Ergebnisse einer monatelangen Recherche, welche die technischen Mechanismen von Steuerschlupflöchern für multinationale Unternehmen aufzeigt, die mit der Inkraftsetzung der Steuervorlage 17 (SV 17) bestehen bleiben würden. Der prominente Schweizer Autor und Satiriker Patrick Frey mimte in einem ironischen Video, das über Social Media Verbreitung fand, den Unternehmensberater Heinz W. Gürtler. Dieser priest in charmantem Swiss-Business-English die Alliance-Sud-Recherche als ideale Anleitung für multinationale Konzerne an, um auch unter dem neuen Unternehmenssteuerregime der SV 17 weiterhin reibungslos Steuern sparen

zu können. Wer die Recherche exklusiv wolle, müsse Alliance Sud allerdings 10 Millionen Franken bezahlen. Zahlreiche Medien nahmen in der Folge in ihrer Berichterstattung zur Nationalratsdebatte Bezug auf die Studie und oder das Video von Alliance Sud. Der BLICK schrieb zum Video: «Alliance Sud will Steuerwissen an Konzerne verscherbeln.» Die NZZ titelte in einem differenzierten Artikel zum Inhalt der Recherche: «Steuer-Doping im Zwiespalt.» Im Nationalrat stand die Vorlage im Vorfeld der Session lange auf der Kippe. Am Ende votierte aber auch die SP-Fraktion gegen die steuerpolitischen Interessen der Entwicklungsländer und verhalf der Vorlage, die der Ständerat mit einer AHV-Zusatzfinanzierung verknüpft hatte und die vom Bundesrat in der Folge zur STAF (Steuerreform und AHV-Finanzierung) umgetauft wurde, zu einer komfortablen Mehrheit im Rat. *DG*

28. September

«Kohäsionsmilliarde» im Kontext der Agenda 2030

Im Frühling eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zu einer zweiten Runde des Erweiterungsbeitrags an die EU, besser bekannt als weitere sogenannte «Kohäsionsmilliarde». Damit sollen in wirtschaftlich schwachen EU-Staaten der Umweltschutz, die Stärkung der Zivilgesellschaft und der Abbau sozialer Ungleichheiten vorangetrieben werden. Alliance Sud begrüsst in ihrer Stellungnahme das Vorhaben als wichtigen Beitrag der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Sie betonte aber auch, dass es sich bei den Empfängerländern um keine Entwicklungsländer handelt, und forderte den Bundesrat dezidiert auf, den Erweiterungsbeitrag nicht auf Kosten der Entwicklungszusammenarbeit zu finanzieren. Mit dem Erfolg, dass der Bundesrat in der am 28. September veröffentlichten Botschaft zu diesem Geschäft und im Finanzplan des Bundes für die kommenden Jahre tatsächlich keine entsprechenden Einsparungen vorsieht.

Inhaltlich kritisierte Alliance Sud die recht vage formulierten Vorschläge, Teile der Kohäsionsmilliarde für Projekte im Migrationsbereich einzusetzen. Ende November beschloss der

Ständerat, es solle nur dann Geld fließen, wenn die EU auf diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz verzichte; dazu gehört die vorerst nur bis Juni 2019 verlängerte Börsenäquivalenz. Diesem Punkt stimmte auch der Nationalrat zu. Er schuf aber eine Differenz, indem er sich für eine Kreditumverteilung zugunsten des Migrationsbereichs aussprach. *MH*

29 octobre

Accord de libre-échange avec le Mercosur

La Coalition suisse sur l'accord de libre-échange avec le Mercosur a été officiellement lancée le 29 octobre. Le groupe principal est composé par Alliance Sud, Swissaid, l'Union suisse des paysans et la Fédération romande des consommateurs. D'autres organisations font aussi partie de la coalition. Dans le papier de position qu'elle a rendu public, elle demande la transparence des négociations et une étude qui mesure : l'impact de l'accord sur les droits humains ; l'impact de la production industrielle de viande et de soja sur les petits agriculteurs ; l'impact de la libéralisation du marché sur l'emploi et les conditions de travail dans le Mercosur ; l'impact de la perte de recettes douanières sur les budgets de ces pays ; l'impact du renforcement des droits de propriété intellectuelle sur l'accès aux médicaments.

En Amérique latine, grâce à l'ONG Amigos de la Tierra Uruguay, la responsable du dossier a pu rencontrer les principaux acteurs qui travaillent sur cet accord : des ONG, des parlementaires uruguayens critiques (membres du Frente Amplio, la coalition de centre-gauche au pouvoir) et les principales centrales syndicales, basées à Montevideo et à Buenos Aires. Ces acteurs demandent un modèle d'accord différent, qui promeuve le développement au lieu de l'entraver, ou alors ils s'opposent à tout nouvel accord, comme la « Plateforme Amérique latine mieux sans accords de libre-échange », lancée le 27 novembre à Buenos Aires. Celle-ci regroupe pour la première fois les principales ONG et mouvements sociaux de la région et elle demande l'arrêt des négociations de tout nouvel accord et des études d'impact des accords existants. *IA*

25. November

Nein zur Selbstbestimmungsinitiative

Die Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» hätte der SVP als wählerstärkster Partei ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen vom Herbst 2019 Rückenwind geben sollen. Die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative schlug einen starren Mechanismus im Umgang mit einem Konflikt zwischen der Verfassung und einem internationalen Vertrag vor. Im Visier hatte die SVP vor allem den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg, der über die Einhaltung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) in den Mitgliedsländern des Europarats wacht. Das Volksbegehren der SVP wurde von den anderen Parteien, vor allem aber auch von zivilgesellschaftlichen Kräften nicht nur als Angriff auf die Menschenrechte, sondern als Aushöhlung bewährter Institutionen gesehen. Alliance Sud hatte sich schon bei der Lancierung der Initiative der Koalition Schutzfaktor M (für Menschenrechte) angeschlossen, im Vorfeld der Abstimmung ein Positionspapier veröffentlicht und die NEIN-Parole beschloss. Mit 66,2 Prozent Nein-Stimmen erlitt die Initiative an der Urne eine krachende Abfuhr. Trotz einer überraschend zahmen Abstimmungskampagne, die das radikale Volksbegehren in sanftes CVP-Orange verpackte, fand es letztlich in keinem einzigen Kanton eine Mehrheit. *DH*

10. Dezember

Schweiz erhält Fossil of the Day

Der bürgerlich dominierte Nationalrat strich die nationalen Klimaziele kurzerhand aus der Vorlage zur CO₂-Gesetzesrevision. Das provozierte einen Aufschrei in Kattowitz, Polen, wo zeitgleich der Uno-Klimagipfel stattfand. Denn die Schweiz wäre damit das einzige Industrieland der Welt, das nach 2020 keine Ziele für die Reduktion von Treibhausgasen im Inland mehr hätte.

Dafür – und auch für die öffentliche Verneinung der Schweiz, dass zur effektiven Unterstützung der ärmsten und den Klimaveränderungen am ungeschütztesten ausgesetzten Bevölkerungen des globalen Südens neue Finanzmittel not-

wendig sind – wurde der Schweiz von der versammelten NGO-Gemeinschaft der Schmähpriester «Fossil of the Day» verliehen.

Nicht nur die internationale Zivilgesellschaft, auch einige offizielle VertreterInnen anderer Länder fingen an zu begreifen, dass die Schweiz in vielen Bereichen dem sauberen Image nicht gerecht wird, das ihr auf internationalem Parkett immer noch zugeschrieben wird. Als Beobachterin vor Ort half Alliance Sud mit, medial etwas Licht ins Dunkel der taktischen Winkelzüge der Schweizer Delegation zu bringen. *JS*

15. Dezember

Abschluss COP24 in Katowice

Das Regelbuch zur Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens steht. Zwar unterliegt es derselben, sogenannten Bottom up-Logik wie das Pariser Klimaübereinkommen selbst: Jedes Land darf selber bestimmen, wie und wo genau es Massnahmen zur Eindämmung der Klimaveränderung und deren katastrophalen Auswirkungen treffen will. Immerhin einigte sich die Staatengemeinschaft am Uno-Klimagipfel (COP24) auf die Kriterien und Methodologie, wie mehr oder weniger verbindlich solche Massnahmen angekündigt und wie in regelmässigen Abständen über das Erreichte berichtet werden soll. Mit Ausnahme des ominösen Kapitels 6: Über die Regeln eines neuen, globalen Kohlestoffmarktes im Rahmen des Pariser Abkommens kam keine Einigung zustande. Doch genau darauf hatte die Schweizer Klimapolitik gesetzt. Denn der Bundesrat will 60 Prozent, der Bürgerblock im Nationalrat gar bis zu 100 Prozent der Treibhausgasreduktion über sogenannte Emissionsminderungszertifikate aus dem Ausland zukaufen.

Damit fehlt nun nicht bloss das Fundament für diesen internationalen Ablasshandel. In der Welt des Pariser Klimaübereinkommens, das ab 2021 jedes Land der Erde dazu verpflichtet, seine Emissionen bis allerspätestens Mitte des Jahrhunderts auf netto null abzusenken, ergeben solche Tricksereien keinen Sinn.

Einen grösseren Einfluss auf die Diskussion hatte – global gesehen, aber auch

in der Schweiz – letztlich der Auftritt der 16-jährigen Greta Thunberg in Katowice: Inspiriert von ihren ruhig vorgetragenen Reden mit Biss und Relevanz beginnt sich eine neue, junge Generation als Klimabewegung zu manifestieren. JS

31 décembre

Svizzera italiana

L'année écoulée a été marquée par de multiples activités en lien avec l'initiative pour des multinationales responsables. Le bureau de Lugano d'Alliance Sud effectue surtout un rôle de coordination et d'échange d'idées avec les autres ONG dans la région ; elle contacte des personnalités, assure une présence à des moments publics et met à disposition des articles et documents au grand public.

Les demandes des personnes intéressées par les relations Nord-Sud permettent d'élaborer des dossiers approfondis avec Alliance Sud InfoDoc. Les prises de position des organisations membres d'Alliance Sud sur l'initiative populaire « No Billag » ont été retenues pour une thèse de la faculté de communication de l'Università della Svizzera Italiana. Lors d'une rencontre avec des jeunes se formant en santé de la Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana (SUPSI) et partant dans des projets de coopération au développement, la question des Rohingyas a été reprise et approfondie. Durant la préparation du Festival Film Diritti Umani Lugano, Alliance Sud a collaboré par ses réflexions et des propositions de films.

Une soirée « 30 ans de coopération au développement » a permis de retracer les nombreux liens tissés par le bureau de Lugano dans l'Italianità. Toujours ouverte à de nouveaux défis, Alliance Sud Lugano a répondu aux interpellations de la société civile concernant sa position sur l'initiative pour l'auto-détermination. Elle a également placé des articles dans la presse de la Suisse italienne en promouvant la relance de « global », le magazine d'Alliance Sud.

Die politischen Dossiers von Alliance Sud

Agenda 2030: Umsetzung der 2015 vereinbarten Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz und durch die Schweiz.

Entwicklungszusammenarbeit: Politik der staatlichen Entwicklungsagenturen Deza und Seco in und gegenüber den Entwicklungsländern sowie konzeptionelle, inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit.

Handelsbeziehungen: Politik der Schweiz in der Welthandelsorganisation WTO und der Europäischen Freihandelszone Efta sowie bilaterale Handelsbeziehungen und Investitionsschutzabkommen.

Umwelt und Klima: nationale und internationale Umwelt- und Klimapolitik der Schweiz.

Internationale Finanzen: Politik der Schweiz in der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken, dem Internationalen Währungsfonds sowie weiteren internationalen Gremien zur Regulierung der Finanzmärkte.

Finanzplatz Schweiz: Geldwäscherei, Potentaten- und Fluchtgelder sowie internationale Steuerpolitik der Schweiz.

Unternehmen und Menschenrechte: Bemühungen der Schweiz, Konzerne auf Menschenrechte und Umweltstandards zu verpflichten.

Vous trouvez des informations complémentaires et détaillées sur www.alliancesud.ch.

Weitere und detaillierte Informationen zu den Aktivitäten von Alliance Sud finden Sie unter www.alliancesud.ch.

Alliance Sud InfoDoc, avec ses centres de documentation à Berne et à Lausanne, met à disposition de tout public intéressé une information sélectionnée et classée par thème et par pays, sur place et en ligne. InfoDoc organise également des événements publics : conférences, débats, expositions.

Des racines et des ailes

En 2018, le programme thématique des centres de documentation d'InfoDoc à Berne et à Lausanne portait sur le thème des migrations. Le programme de conférences, de projections et d'exposition est devenu au fil des ans un marqueur essentiel du travail effectué par les documentalistes auprès de leur public. Le travail systématique de communication autour du thème annuel porte petit à petit ses fruits. Le public a intégré l'idée d'une programmation d'animations autour d'un thème et attend le cycle de conférences et l'exposition annuelle avec un intérêt grandissant.

Pour la première fois depuis 2015, l'exposition physique lausannoise a été transposée en exposition numérique à Berne. Un symbole de la dynamique liant les deux centres de documentation d'Alliance Sud.

Les expositions précédentes ont poursuivi leur itinérance dans les écoles, bibliothèques et médiathèques de Suisse romande. La nouvelle exposition faisait déjà l'objet de réservations avant même que celle-ci ait été dévoilée au public. A Lausanne, plus de 300 élèves et apprentis ont visité l'exposition durant les mois de novembre et décembre.

Mise en œuvre des recommandations de l'audit 2017

En février, l'équipe d'InfoDoc a consacré une journée pour faire le point sur l'audit de l'automne/hiver 2017/18. Elle a évalué les diverses recommandations du rapport final et rédigé une « feuille de route » en vue de leur mise en œuvre.

Les champs d'action définis ces dernières années soit d'une part, l'optimisation du travail numérique pour l'offre à distance et d'autre part, le travail de terrain auprès du public local restent centraux.

Après avoir livré durant un an des services de presse sous forme électronique à la Direction du Développement et de la Coopération (DDC), InfoDoc souhaite généraliser cette forme à tous ses services de presse avec l'idée de rationaliser son travail et d'éviter les doubles tâches papier/électronique. Cela concerne également les suivis d'information réalisés pour les collègues du secteur politique.

La réflexion sur l'équilibre papier/électronique reste d'actualité. Après la remarque des auteurs de l'audit, « le papier et les ciseaux sont des outils du XX^{ème} siècle », les documentalistes remarquent que, si cet équilibre est en constante mutation, leur complémentarité reste aujourd'hui encore indéniable.

S'agissant de l'utilisation des réseaux sociaux comme outils de veille documentaire, InfoDoc utilise ces réseaux en premier

lieu pour faire connaître ses activités et ses publications. Les réseaux sociaux sont observés mais sans systématique. Un mandat a été confié à une spécialiste du sujet qui a remis un rapport au mois de juin. Aucune conclusion « révolutionnaire » ne s'est dégagée du rapport. La manière dont InfoDoc utilise les réseaux sociaux (Twitter et Facebook) est jugée comme équilibrée en regard du temps qu'elle souhaite investir dans ces outils.

Offre pédagogique

En septembre 2017, les documentalistes avaient décidé de renforcer leur offre pédagogique en proposant une série d'ateliers sur différents sujets tels que Connaître le travail des documentalistes, Connaître le travail politique d'Alliance Sud, Savoir utiliser correctement les moteurs de recherche d'information, Vérifier l'information, Se protéger sur Internet ou encore Les images et leurs effets.

Comme indiqué plus haut, les nombreuses visites de classe (gymnases, écoles professionnelles, école obligatoire) ont permis d'optimiser la forme des ateliers, notamment en collaboration avec les enseignantes en amont de la visite. Divers expériences ont ainsi pu être faites qui sont utiles à la mise sur pied des ateliers.

Communication visuelle

Faisant écho à la fameuse phrase du philosophe canadien Marshall McLuhan « the medium is the message », InfoDoc a décidé de développer sa communication visuelle en réalisant des interviews des intervenantes de son programme, en proposant des petites séquences vidéo ou encore des infographies pour le journal de l'organisation, global. L'information atteint différemment le public selon qu'elle est véhiculée par un texte imprimé ou digital ou par une image ou un son. Une première interview filmée a été réalisée en décembre pour lancer le nouveau programme 2019.

Bibliosuisse

Année importante pour les professionnelles de l'information documentaire en Suisse puisqu'après avoir fusionné avec la Communauté de travail des bibliothèques suisses de lecture publique (CLP), Bibliothèque Information Suisse (BIS) devenait Bibliosuisse en mars 2018. Une documentaliste d'Alliance Sud a été élue vice-présidente de l'association et co-dirige le groupe de travail « Biblio 2030 » en lien avec l'agenda 2030. PF

Alliance Sud InfoDoc en quelques chiffres

- En 2018, les services ont été présentés à 904 personnes.
- 638 personnes ont utilisé les services d'InfoDoc sur place.
- Les documentalistes ont répondu à 105 demandes de recherche écrites.
- 157 documents électroniques (littérature grise) ont été saisis dans le catalogue.
- 194 000 pages du site d'Alliance Sud ont été consultées en 2018, soit plus de 500 par jour.
- Les pages web d'InfoDoc en français comptent 5 fois plus de consultations que celles du domaine politique (34 311 contre 6395).
- Les pages web d'InfoDoc en allemand comptent presque 3 fois plus de consultations que celles du domaine politique (41 653 contre 16 658).
- L'exposition « Au-delà des frontières: migrations et différences » a accueilli 18 groupes en 2 mois, totalisant plus de 300 visiteurs (écoliers, apprentis, gymnasiens, enseignants).
- Les expositions ont été empruntées par 10 institutions en 2018.



Relaunch des Alliance Sud-Magazines

Seit 2001 informierte Alliance Sud viermal jährlich in ihrem Magazin GLOBAL+ über Nord/Süd-Fragen. 2018 ist das Magazin, das sich inhaltlich und konzeptuell über all die Jahre treu blieb, renoviert und heutigen Publikumsbedürfnissen und Lesegewohnheiten angepasst worden.

Unter dem Namen «global» – mit dem Alliance Sud-Claim Politik für eine gerechte Welt im Untertitel – informiert das Magazin weiterhin über die Arbeitsfelder der Organisation mit ihren beiden Bereichen Politik und InfoDoc, will aber mit einer breiteren Palette von journalistischen Formen, weniger sperriger Sprache und attraktiverer Aufmachung auch ein neues und jüngeres Publikum gewinnen, das sich für Entwicklungsthemen interessiert. Zu den neu eingeführten Rubriken gehören neben einer Karikatur von Ruedi Widmer der Ausbau der Fotostrecke, entwicklungspolitische Personalien (Neukonzeption des vorherigen «Karusell») sowie «Die Süd-Perspektive», in der AutorInnen aus dem globalen Süden zu Wort kommen. Lanciert wurde das neue «global» im Sommer mit einem Schwerpunkt zur Agenda 2030, gefolgt von einem Fokus auf die Tatsache, dass der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement weltweit immer mehr eingeschränkt wird.

Umgesetzt wird der neue Look von «global» von Bodara GmbH, einem vielfach ausgezeichneten Grafikatelier in Zürich, das bei der Wahl des neuen Formats, des Papiers und dem optischen Auftritt interessante Impulse geben konnte.

Wie bisher erscheint «global» in deutscher und französischer Sprache, als Printprodukt eingestellt wurden dagegen die englischsprachigen «Alliance Sud News». Wie bisher werden jedoch die «global»-Inhalte auch auf Englisch und Italienisch übersetzt und auf der Alliance Sud-Website zugänglich gemacht. In der italienischen Schweiz werden «global»-Artikel darüber hinaus regelmässig in den Zeitungen Corriere del Ticino, La Regione u. a. abgedruckt. *DH*

ALLIANCE SUD IN ZAHLEN

| Bilanz per 31.12.2018 | 1.1.–31.12.2018 | | Vorjahr | | Abweichung |
|--|-----------------|---------------------|----------------|---------------------|-------------------|
| | CHF | % | CHF | % | |
| Aktiven | | | | | |
| Flüssige Mittel und Wertschriften | 1 | 1 792 732.84 | | 1 698 475.69 | 94 257.15 |
| Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | | 58 846.01 | | 83 014.56 | -24 168.55 |
| Vorräte | | - | | - | - |
| Aktive Rechnungsabgrenzung | | 16 487.88 | | 58 587.65 | -42 099.77 |
| Umlaufvermögen | | 1 868 066.73 | 88,93% | 1 840 077.90 | 27 988.83 |
| Sachanlagen | | 97 878.05 | | 109 908.36 | -12 030.31 |
| Finanzanlagen | | - | | - | - |
| Anlagevermögen | | 97 878.05 | 4,66% | 109 908.36 | -12 030.31 |
| Zweckgebundene Finanzanlagen | 2 | 134 710.90 | | 134 442.00 | 268.90 |
| Zweckgebundenes Anlagevermögen | | 134 710.90 | 6,41% | 134 442.00 | 268.90 |
| Total Aktiven | | 2 100 655.68 | 100,00% | 2 084 428.26 | 16 227.42 |
| Passiven | | | | | |
| Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten | | 53 386.25 | | 40 686.67 | 12 699.58 |
| Passive Rechnungsabgrenzung | | 75 670.80 | | 48 006.30 | 27 664.50 |
| Kurzfristiges Fremdkapital | | 129 057.05 | 6,14% | 88 692.97 | 40 364.08 |
| Rückstellungen | 3 | 178 942.71 | | 164 384.17 | 14 558.54 |
| Langfristiges Fremdkapital | | 178 942.71 | 8,52% | 164 384.17 | 14 558.54 |
| Fonds mit eingeschränkter Zweckbindung | 4 | 26 441.70 | | 31 477.91 | -5 036.21 |
| Fondskapital | | 26 441.70 | 1,26% | 31 477.91 | -5 036.21 |
| Fremdkapital (inkl. zweckgebundene Fonds) | | 334 441.46 | 15,92% | 284 555.05 | 49 886.41 |
| Neubewertungsreserven | | 51 404.48 | | 51 404.48 | - |
| Erarbeitetes freies Kapital | 5 | 1 486 301.57 | | 1 531 051.25 | -44 749.68 |
| Erarbeitetes gebundenes Kapital | 6 | 228 508.17 | | 217 417.48 | 11 090.69 |
| Organisationskapital | | 1 766 214.22 | 84,08% | 1 799 873.21 | -33 658.99 |
| Total Passiven | | 2 100 655.68 | 100,00% | 2 084 428.26 | 16 227.42 |

ALLIANCE SUD IN ZAHLEN

| Betriebsrechnung 2018 | 1.1.-31.12.2018 | | Vorjahr | | Abweichung | |
|--|-----------------|----------------------|-----------------|----------------------|----------------|--------------------|
| | CHF | % | CHF | % | | CHF |
| Jahresbeiträge, Spenden | 7 | -58 266.55 | 1,90% | -19 590.00 | 0,66% | 38 676.55 |
| Zweckgebundene Beiträge | 8 | -2 902 125.00 | 94,52% | -2 857 800.00 | 95,93% | 44 325.00 |
| Sonderaktionen | | - | 0,00% | - | 0,00% | - |
| Aktivitäten und Verkauf | | -61 927.80 | 2,02% | -53 773.93 | 1,81% | 8 153.87 |
| Übrige Erträge | | -48 087.40 | 1,57% | -47 878.60 | 1,61% | 208.80 |
| Betriebsertrag | | -3 070 406.75 | 100,00% | -2 979 042.53 | 100,00% | 91 364.22 |
| Beiträge an Drittorganisationen | 9 | 131 344.45 | | 127 142.00 | | 4 202.45 |
| Einkauf für Aktivitäten und Verkauf | | - | | - | | - |
| Personalaufwand | | 1 962 065.62 | | 1 860 447.61 | | 101 618.01 |
| Fremdleistungen | | 277 864.80 | | 115 585.65 | | 162 279.15 |
| Raumaufwand, Energie, Entsorgung | | 216 948.97 | | 213 321.56 | | 3 627.41 |
| Unterhalt Maschinen, Mobilien, Einrichtungen | | 12 001.97 | | 8 697.05 | | 3 304.92 |
| Sachversicherungen, Abgaben, Gebühren | | 4 031.05 | | 3 650.50 | | 380.55 |
| Verwaltungs- und Informatikaufwand | | 147 416.94 | | 109 006.68 | | 38 410.26 |
| Marketing, Sonderaktionen, Öffentlichkeitsarbeit | | 325 106.31 | | 244 287.23 | | 80 819.08 |
| Spesen, Übriger Betriebsaufwand | | 40 470.55 | | 35 242.15 | | 5 228.40 |
| Abschreibungen auf Anlagevermögen | | 19 836.41 | | 19 291.79 | | 544.62 |
| Betriebsaufwand | | 3 137 087.07 | -102,17% | 2 736 672.22 | -91,86% | 400 414.85 |
| Betriebsergebnis | | 66 680.32 | -2,17% | -242 370.31 | 8,14% | -309 050.63 |
| Finanzergebnis | | -4 237.78 | | -6 481.67 | | 2 243.89 |
| Untermieterergebnis | | -8 762.34 | | -12 231.81 | | 3 469.47 |
| Internes Ergebnis | | -14 985.00 | | -14 985.00 | | - |
| Betriebsergebnis ohne Fondsergebnis | | 38 695.20 | -1,26% | -276 068.79 | 9,27% | 314 763.99 |
| Fondsrechnung | | | | | | |
| Fondszuweisungen | | - | | 23 791.10 | | -23 791.10 |
| Fondsentnahmen | | -5 036.21 | | - | | -5 036.21 |
| Fondsergebnis | | -5 036.21 | 0,16% | 23 791.10 | -0,80% | -28 827.31 |
| Ergebnis vor Zuweisungen | | 33 658.99 | -1,10% | -252 277.69 | 8,47% | 285 936.68 |
| Zuweisungen an Organisationskapital | | 42 762.34 | | 269 871.79 | | -227 109.45 |
| Zuweisung an freies Organisationskapital | | - | | 223 639.98 | | -223 639.98 |
| Zuweisung an Fonds Ern. Komm.technik | | 40 000.00 | | 40 000.00 | | - |
| Zuweisung an gebundenes Organisationskapital | | 2 762.34 | | 6 231.81 | | -3 469.47 |
| Entnahmen aus Organisationskapital | | -76 421.33 | | -17 594.10 | | -58 827.23 |
| Entnahme aus freiem Organisationskapital | | -44 749.68 | | - | | -44 749.68 |
| Entnahme aus Fonds Ern. Komm.technik | | -31 671.65 | | -17 594.10 | | -14 077.55 |
| Entnahme aus gebundenem Organisationskapital | | - | | - | | - |
| Ergebnis nach Zuweisungen | | 0.00 | | -0.00 | | 0.00 |

ALLIANCE SUD IN ZAHLEN

| Geldflussrechnung 2018 | 2018 CHF | Vorjahr CHF | Abweichung CHF |
|--|---------------------|---------------------|--------------------|
| Umsatzbereich | | | |
| Ergebnis vor Zuweisungen (Fondsveränderung) | -38 695.20 | 276 068.79 | -314 763.99 |
| Veränderungen Rückstellungen | 14 558.54 | -2 003.94 | 16 562.48 |
| Abschreibungen | 19 836.41 | 19 291.79 | 544.62 |
| Cashflow | -4 300.25 | 293 356.64 | -297 656.89 |
| - Zunahme / + Abnahme Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 24 168.55 | -693.28 | 24 861.83 |
| - Zunahme / + Abnahme aktive Rechnungsabgrenzung | 42 099.77 | 50 702.58 | -8 602.81 |
| + Zunahme / - Abnahme kurzfristige sonstige Verbindlichkeiten | 12 699.58 | -55 737.32 | 68 436.90 |
| + Zunahme / - Abnahme passive Rechnungsabgrenzung | 27 664.50 | -348.45 | 28 012.95 |
| Veränderung des Nettoumlaufvermögens | 106 632.40 | -6 076.47 | 112 708.87 |
| Geldfluss aus Betriebstätigkeit | 102 332.15 | 287 280.17 | -184 948.02 |
| Investitionsbereich | | | |
| + Verkauf / - Erwerb von Sachanlagen | -7 806.10 | -6 441.10 | -1 365.00 |
| - Zunahme / + Abnahme zweckgebundene Wertschriftenanlage | -268.90 | -268.35 | -0.55 |
| + Verkauf / - Erwerb von Finanzanlagen | - | - | - |
| Geldfluss aus Investitionstätigkeit | -8 075.00 | -6 709.45 | -1 365.55 |
| Kapitalüberschuss / -bedarf | 94 257.15 | 280 570.72 | -186 313.57 |
| Finanzierungsbereich | | | |
| + Zunahme / - Abnahme langfristiges Fremdkapital | - | - | - |
| Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit | - | - | - |
| + Zu- / Abnahme netto - Flüssige Mittel | 94 257.15 | 280 570.72 | -186 313.57 |
| Netto - Flüssige Mittel | | | |
| Netto - Flüssige Mittel am 1.1. | 1 698 475.69 | 1 417 904.97 | 280 570.72 |
| Geldfluss aus Betriebstätigkeit | 102 332.15 | 287 280.17 | -184 948.02 |
| Geldfluss aus Investitionstätigkeit | -8 075.00 | -6 709.45 | -1 365.55 |
| Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit | - | - | - |
| Netto - Flüssige Mittel am 31.12. | 1 792 732.84 | 1 698 475.69 | 94 257.15 |

Kommentar zur Jahresrechnung 2018

Die Rechnungslegung von Alliance Sud erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen für gemeinnützige Organisationen (Swiss GAAP FER 21). Wir weisen darauf hin, dass die hier abgedruckte Jahresrechnung 2018 eine Zusammenfassung der weit ausführlicheren Gesamtrechnung ist. Diese wurde vom Vorstand von Alliance Sud am 3.4.2019 genehmigt und ist bei der Geschäftsstelle von Alliance Sud erhältlich.

Die Rechnung 2018 schliesst mit einem operativen Defizit von 38 695 Franken vor Fonds- und Kapitalzuweisungen/-entnahmen ab. Dem steht ein budgetierter Überschuss von 34 700 Franken gegenüber. In die Rechnung einbezogen ist auch der separate Rechnungskreislauf der Klimakampagne, der für das effektive Resultat von Alliance Sud nicht relevant ist. Vor allem aber sind zahlreiche Ausgaben in die Rechnung eingeflossen, die als Nachtragskredite zulasten der freien Reserven vom Vorstand gutgeheissen wurden. Die Entnahme aus dem freien Organisationskapital von Alliance Sud – das eigentliche Defizit – beträgt 44 749 Franken. Dieser Betrag ergibt sich nach Zuweisung an/Entnahmen aus dem Fonds zur Erneuerung der Kommunikationstechnik (8329 Franken Nettozuweisung) und dem gebundenen Organisationskapital (2762 Franken Untermietüberschuss und -5036 bei der Klimakampagne).

Das erarbeitete freie Organisationskapital von Alliance Sud beträgt per 31.12.2018 1,486 Millionen Franken. Das erarbeitete gebundene Organisationskapital liegt am 31.12.2018 mit rund 228 508 Franken um rund 11 000 Franken über dem Vorjahreswert. Zusammen mit den Neubewertungsreserven ergibt dies ein Organisationskapital von 1,766 Millionen Franken gegenüber 1,799 Millionen Ende 2017. Die Abnahme des Organisationskapitals 2018 beträgt also 33 000 Franken.

Anmerkungen zur Jahresrechnung 2018

- 1 Die flüssigen Mittel bestehen aus Kassenbeständen, Post- und Bankguthaben sowie Wertschriften, die jederzeit verfügbar sind.
- 2 Das zweckgebundene Anlagevermögen besteht aus Arbeitgeber-Beitragsreserven bei der Pensionskassenversicherung Stiftung Abendrot.
- 3 Die Rückstellungen entsprechen den Ferienguthaben des Personals aus früheren Jahren.
- 4 In den Fonds mit eingeschränkter Zweckbindung fliesst der Saldo der fremdfinanzierten Klimakampagne.
- 5 Das erarbeitete freie Kapital entspricht den Betriebsüberschüssen von Alliance Sud.
- 6 Das erarbeitete gebundene Kapital enthält den Fonds für Investitionen in die Kommunikationstechnik sowie die Untermiete-Abrechnung.
- 7 Externe Beiträge stammen u. a. von Träger- und Partnerorganisationen für Sonderprojekte sowie 10 000 Franken von der Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst.
- 8 Die zweckgebundenen Beiträge stammen von:
 - den Trägerorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas Swiss Intercooperation, Caritas und Heks (2 192 508).
 - den Partnerorganisationen Solidar Suisse, Terre des Hommes Schweiz/Suisse, Schweizerisches Rotes Kreuz und von der Stiftung Biovision (je 50 000).
 - den Mitgliedern der NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen (92 500).
 - den Organisationen der Klima-Allianz Schweiz (163 117).
 - der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) an die Dokumentationszentren (InfoDoc) von Alliance Sud (250 000).
 - der Stadt Lugano an das Regionalbüro Lugano von Alliance Sud (4000).
- 9 Mitglieder- oder Projektbeiträge flossen 2018 an folgende Organisationen und Netzwerke: Bildungskolalition NGO (12 000), Eurodad (8642), éducation21 (100 000), Transparency International Schweiz (650), KOFF (800), MultiWatch (500), WIDE Switzerland (1500), Swiss Water Partnership (500), Climate Action Network (252), KFPE (500), NGO-Plattform Menschenrechte (1500), Plattform Agenda 2030 (2500) und die Klima-Allianz Schweiz (2000).

Weitere Angaben

Entschädigung an leitende Organe: Mitglieder des Vorstands erhalten keine Entschädigung. Das Salär der Geschäftsleitungsmitglieder richtet sich nach dem Lohnreglement von Alliance Sud.

Stellenetat: Alliance Sud hatte im Jahr 2018 17 fest angestellte MitarbeiterInnen. Der Etat betrug insgesamt 12,8 Stelleneinheiten. Nicht eingerechnet ist eine befristete Teilzeit-JPO-Stelle zur Agenda 2030 sowie seit November 2018 eine auf 1 Jahr befristete 60%-Stelle im Bereich Entwicklungspolitik.

Leistungsbericht: Der vorliegende Jahresbericht gilt als Leistungsbericht.

Die Jahresrechnung 2018 wurde von der Revisionsfirma Lehmann AG, Bern, geprüft und als in Ordnung befunden.

Wir danken

- den Trägerorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas Swiss Intercooperation, Caritas und Heks für ihre Mitgliederbeiträge;
- Solidar Suisse und Terre des Hommes Schweiz/Suisse sowie dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) und der Stiftung Biovision für ihre Partnerschaftsbeiträge;
- der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) für ihren Beitrag an InfoDoc, dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) und der Stadt Lugano für ihre Beiträge an die Aktivitäten von Alliance Sud. KS

Beratende Kommission für internationale Zusammenarbeit

Eva Schmassmann

Kommission für Wirtschaftspolitik

Mark Herkenrath

Zollexpertenkommission

Isolda Agazzi

Schweizerisches Nationales FAO-Komitee

Tina Goethe

Kommission für Forschungspartnerschaften mit Entwicklungsländern (KFPE) der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz

Mark Herkenrath

Eurodad / Europäisches Netzwerk zu Verschuldung und Entwicklung (Board)

Jürg Staudenmann

Global Alliance for Tax Justice

Dominik Gross

Steering Committee of the Independent Commission for the Reform of International Corporate Taxation (ICRICT)

Dominik Gross

Our World is Not for Sale (OWINFS) / Internationales Netzwerk zu Handelspolitik

Isolda Agazzi

Verbindungsgruppe WTO des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco)

Isolda Agazzi

Nationaler Kontaktpunkt der OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen (Beirat)

Laurent Matile

Internationales Netzwerk OECD Watch

Laurent Matile

Verein Konzernverantwortungsinitiative (Vorstand und Initiativkomitee)

Mark Herkenrath

Klima-Allianz Schweiz

Jürg Staudenmann

Climate Action Network

Jürg Staudenmann

Climate Action Network Europe (Board)

Bernd Nilles

Swiss Water Partnership

Jürg Staudenmann

Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030 (Vorstand)

Eva Schmassmann

Begleitgruppe des Bundes zur Agenda 2030 und zur Begleitung der Strategie nachhaltige Entwicklung (SNE) des Bundes

Mark Herkenrath

NGO-Plattform Menschenrechte

Eva Schmassmann

Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung (Vorstand)

Eva Schmassmann

NGO-Plattform der Schweizer Entwicklungsorganisationen (Sekretariat)

Mark Herkenrath, Eva Schmassmann

Parlamentarische Gruppe Suisse – Solidarité internationale (Sekretariat)

Mark Herkenrath, Eva Schmassmann

Bildungscoalition NGO

Kathrin Spichiger

Netzwerk der entwicklungsbezogenen Dokumentationsstellen der Schweiz (NEDS)

Simone Decorvet

Informationsverbund Entwicklungspolitik (IVEP)

Emanuel Zeiter

Bibliosuisse (Vorstand)

Amélie Vallotton Preisig

Stand 01.01.2019

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Alliance Sud, Postfach, 3001 Bern
mail@alliancesud.ch, www.alliancesud.ch
Tel. 031 390 93 30
(Geschäftsstelle, Advocacy & Lobbying)
Tel. 031 390 93 37 (InfoDoc)
dokumentation@alliancesud.ch

Alliance Sud, 1, avenue de Cour, 1007 Lausanne
www.alliancesud.ch/politique
Tél. 021 612 00 95 (Advocacy et Lobbying)
lausanne@alliancesud.ch
Tél. 021 612 00 86 (InfoDoc)
documentation@alliancesud.ch

Alliance Sud, Via Moncucco 1, C.P. 516
6903 Lugano
Tel. 091 967 38 40
lugano@alliancesud.ch
www.alliancesud.ch/politica

Social Media:

Facebook.com/alliancesud
Twitter.com/AllianceSud

Postcheck-Konto Alliance Sud: 30-36070-0

Redaktion / Koordination:

Daniel Hitzig, Kathrin Spichiger

Layout:

Bodara GmbH, Büro für Gebrauchsgrafik, Zürich

Foto Titelseite:

Auf den Philippinen waten Menschen nach einem
Tropensturm durch die überfluteten Strassen in
Quezon City, östlich von Manila.
(Photo: EPA/Rolox Dela Pena)